|  |
| --- |
|  |

1. Recherchieren Sie im Internet zu folgenden Fragen:
2. Wie viele bezahlte Ferienwochen sind gemäss Gesetz obligatorisch? Schlagen Sie dazu im Obligationenrecht ([www.obligationenrecht.ch](http://www.obligationenrecht.ch)) Artikel 329a nach.

|  |
| --- |
| 5 Wochen pro Jahr bis zum 20.Geburtstag. Danach mindestens 4 Wochen pro Jahr. |

1. Was war das Ziel der Ferieninitiative? (Abstimmungsdatum: 11.3.2012)

|  |
| --- |
| 6 Wochen bezahlte Ferien pro Jahr für alle Arbeitnehmer.  [Parlamentsdienste Schweiz zur Volksabstimmung über die Ferieninitiative, 11.3.2012](http://www.parlament.ch/d/wahlen-abstimmungen/volksabstimmungen/volksabstimmungen-2012/abstimmung-2012-03-11/ferieninitiative/seiten/default.aspx) |

1. Welche politischen Gruppierungen kämpften für, welche gegen die Initiative?

|  |
| --- |
| Pro: Die Linken, dazu gehören die Gewerkschaften sowie die Parteien SP, Grüne und CSP.  Kontra: Arbeitgeber, Wirtschaftsverbände, wirtschaftsnahe Parteien wie glp, FDP, BDP, SVP. |

1. Welches waren die Hauptargumente der zwei Seiten?

|  |
| --- |
| Pro: Die Arbeitsbelastung hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen aber nur erholte und gesunde Arbeitnehmer können gute Leistungen erbringen. In den Ferien erhalten sie die notwendige Ruhe und Erholung vom Arbeitsalltag.  Kontra:  Die Initiative gefährdet Arbeitsplätze denn die Bezahlung zwei zusätzlicher Ferienwochen durch die Arbeitgeber (weniger Arbeitszeit bei gleichem Lohn) belastet die Unternehmen finanziell zu stark. Deshalb würden die Firmen Stellen abbauen und die übrig bleibenden Arbeitnehmer müssten dann mehr leisten. Ausserdem nutzten viele Arbeitnehmer die Ferien nicht zur Erholung, weil ein Trend zu Erlebnisferien und zu Risikosportarten bestünde. |

1. Wie ging die Abstimmung aus?

|  |
| --- |
| Die Initiative wurde mit 66.5% deutlich und in allen Kantonen abgelehnt.  [Dossier im Tagesschau-Archiv mit detaillierten Abstimmungsresultaten, 13.3.2012](http://www.tagesschau.sf.tv/Hintergrund/Abstimmungen/Abstimmung-vom-11.-Maerz-2012/Volksinitiative-6-Wochen-Ferien-fuer-alle) |

1. Im Beitrag wird die Anzahl gesetzlicher Ferienwochen mit der «Sorge um den Wirtschaftsstandort Schweiz» in Verbindung gebracht. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Arbeitszeit und dem Wirtschaftsstandort?

|  |
| --- |
| Die Argumente der Gegner weisen auf diesen Zusammenhang hin: Die Bezahlung zwei zusätzlicher Ferienwochen durch die Arbeitgeber bei gleichem Lohn verteuert die Arbeitskräfte zusätzlich, was der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Unternehmen im Ausland schadet. Höhere Löhne bedeuten höhere Kosten, und diese Kosten müssen entweder auf die Produktpreise überwälzt oder zulasten des Gewinns selber getragen werden.  Input Fachbegriff: Die *Arbeitsproduktivität* als Gradmesser für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft würde bei Annahme der Initiative sinken. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Produktivit%C3%A4t>) |